

Stadtrat sagt Ja zum Werbeverbot

In Bern könnten Hunderte Plakatwände verschwinden

Welche Werbung ist in der Stadt Bern künftig noch genehm? Bis zu seiner Umsetzung muss das Plakatverbot noch einige Hürden nehmen.

 **Adrian Moser**
Publiziert heute um 06:30 Uhr

62  



Milchwerbung in Bern: Geht es nach dem Stadtparlament, ist dieses Plakat künftig nicht mehr erlaubt.
Foto: Adrian Moser

Weniger Werbung gleich weniger Konsum gleich weniger Emissionen. Mit dieser Formel zogen Stadträtinnen und Stadträte mehrerer linker Parteien in den Kampf gegen kommerzielle Werbepлакate im öffentlichen Raum – und waren erfolgreich.

Das Stadtparlament sprach sich mit 30 gegen 29 Stimmen für ein entsprechendes Verbot aus – bei 11 Enthaltungen. Gegen seinen Willen muss Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) nun einen Vorschlag ausarbeiten, wie man die städtischen Vorschriften entsprechend anpassen könnte.

Schon viel abgebaut

Von Graffenried betont auf Anfrage, dass die Zahl der Plakate auf Stadtboden in den Nullerjahren bereits stark reduziert worden sei und dass Werbepлакate in der Altstadt bereits sehr stark eingeschränkt seien. Zu den konkreten Forderungen des Stadtrats will sich von Graffenried noch nicht äussern: «Wir müssen abklären, wie gross der Spielraum überhaupt ist.»



Die Stadt Bern verfügt über gut 900 Plakatstellen, dazu kommen über 500 auf privatem Grund.
Foto: Adrian Moser

Denn so klein, wie er in der schriftlichen Vorstossantwort des Gemeinderats schien, ist der Spielraum offenbar nicht: Auf öffentlichem Grund stehen laut der Stadt Bern etwa 920 kommerzielle Plakatstellen. Diese dürfen bis Ende 2027 von der Goldbach Neo OOH AG bewirtschaftet werden (sie gehört wie diese Zeitung zur TX Group). Dafür fliessen jährlich gut 5 Millionen Franken in die Stadtkasse. Nach Auslaufen der Konzession könnte die Stadt diese Plakatwände theoretisch leer lassen oder abmontieren.

Für von Graffenried ist klar, dass die Konzession für die Plakatstellen in der heutigen Form nun überprüft werden muss. Zudem gebe es bereits heute die Möglichkeit, das Erstellen neuer Plakatwände auf privatem Boden zu verbieten.

Der Vorstoss zielt zwar auch auf bestehende Werbeflächen auf privatem Grund ab. Doch diese geniessen Bestandesgarantie, wie von Graffenried sagt. Allein Goldbach Neo bewirtschaftet in der Stadt Bern über 500 Plakatwände auf privatem Grund und in Parkhäusern. Die heutigen Haus- und Grundeigentümer mit Plakatplätzen wären somit die Nutzniesser des Werbeverbots: Sie könnten ihre Wände künftig wohl teurer vermieten.

Auch die Werbung auf und in Trams und Bussen von Bernmobil ist aus Sicht des Stapi nicht vom Vorstoss betroffen.

«Schuss ins eigene Knie»

Alles andere als glücklich über den Entscheid des Stadtrats ist der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern: Es sei angesichts der wegfallenden Millioneneinnahmen ein «veritabler Schuss ins eigene Knie», sagt Adrian Haas, Direktor des Wirtschaftsverbands. Haas hofft jedoch, dass das Werbeverbot keine Mehrheit finden wird, wenn von Graffenried mit der ausgearbeiteten Vorlage wieder in den Stadtrat kommt.

Und: Falls das Verbot trotzdem durchkommen sollte, rechnet Haas damit, dass bürgerliche Kreise das Referendum ergreifen würden und es zu einer Volksabstimmung käme.